

Überlebenshilfe für das Museum im Schloss Kyburg

Ratsmehrheit will die Abschaffung des Zeugnisverweigerungsrechts für bestimmte Übertretungen diskutieren

140. und 141. Sitzung, Montag, 30. Januar, 8 Uhr 15
Vorsitz: Hans Peter Frei (svp., Embrach)

kg. Präsident *Hans Peter Frei* (svp., Embrach) gratuliert dem Team aus dem Kanton Zürich, das im Fernseh-Pisa-Wettkampf gewonnen hat.

Neue Kommissionsmitglieder

Der *Rat* wählt Martin Arnold (svp., Oberrieden) zum Mitglied der Kommission für Wirtschaft und Abgaben und Ueli Kübler (svp., Männedorf) zum Mitglied der EKZ-Kommission. Arnold und Kübler ersetzen Peter Good (svp., Bauma) und Adrian Bergmann (svp., Meilen).

Organisation des Regierungsrates

Der unterdessen aus dem *Rat* ausgetretene *Kurt Sintzel* (cvp., Zollikon) verlangt mit zwei Postulaten die Totalrevision des Organisationsgesetzes des Regierungsrates. Insbesondere will er, dass ein Regierungsrat nicht mehr als zwei Amtsperioden der gleichen Direktion vorsteht. Obwohl die Frist für den Antrag zu den beiden Vorstössen aus dem Jahr 1997 bereits um ein Jahr verlängert wurde, sieht sich der *Regierungsrat* nicht imstande, einen Gesetzesentwurf vorzulegen. Er beantragt, die Postulate als erledigt abzuschreiben. Die Arbeiten an einem Gesetzesentwurf seien bereits weit fortgeschritten, heisst es in der Antwort des Regierungsrates.

Regula Götsch Neukom (sp., Kloten), Präsidentin der vorbereitenden Spezial-Kommission, rekapituliert die Geschichte des Vorstosses. Die Kommission beantragt einstimmig Abschreibung der Postulate. Ein anderer Antrag wird nicht gestellt, das Geschäft ist erledigt.

Kompetenzen der Einzelrichter

Mit einer parlamentarischen Initiative verlangt *Gerhard Fischer* (evp., Bäretswil), dass die Kompetenz der Einzelrichter in Zivilprozessen auf einen Streitwert von 50 000 Fr. erhöht wird und in Strafprozessen bis zu einer Freiheitsstrafe von einem Jahr. Heute liegt die Obergrenze bei 20 000 Fr. und bei einer Strafe von sechs Monaten. Mit der Neuerung soll die Effizienz an den Gerichten gesteigert werden. Die *Kommission für Justiz und öffentliche Sicherheit* beantragt dem *Rat*, die parlamentarische Initiative abzulehnen.

Regula Thalmann (fdp., Uster), Präsidentin der Kommission für Justiz und öffentliche Sicherheit, legt die Argumente dar, die gegen die parlamentarische Initiative sprechen. Mit der Höhe des Streitwerts steigt die Komplexität der Fälle. Dafür eignet sich das Verfahren vor dem Einzelrichter nicht. Das Sechs-Augen-Prinzip trägt zur Qualität des Urteils bei; Urteile eines Kollegiums werden eher akzeptiert. *Gerhard Fischer* (evp., Bäretswil) hält am Antrag auf definitive Unterstützung fest. Die Akzeptanz des Urteils hängt von der Überzeugungskraft der Argumentation ab, nicht davon, ob das Urteil von einem Gremium oder von einem Einzelrichter gefällt wurde.

Christoph Holenstein (cvp., Zürich) gibt Ablehnung der Initiative bekannt. Es ist der falsche Moment für die Erhöhung der Einzelrichterkompetenz. Im Gerichtswesen ist viel im Fluss. Warten wir auf die geänderten Straf- und Zivilprozessordnungen des Bundes! *Martin Naef* (sp., Zürich) erinnert daran, dass der Präsident der EVP Einzelrichter ist. Der Streitwert ist nicht alleine entscheidend für die Wichtigkeit eines Prozesses. Die Erhöhung der Kompetenzen würde zu mehr Weiterzügen führen.

Thomas Vogel (fdp., Illnau-Effretikon), Mitglied der Leitung des Bezirksgerichts Zürich, berichtet von Gesprächen unter Kollegen zu diesem Thema. Die Gleichung «höhere Einzelrichterkompetenz gleich höhere Effizienz» tritt nicht zu. Der Austausch unter den Richtern kann das Verfahren beschleunigen. Die Effizienz der Rechtsprechung ist nicht das einzige Kriterium. *Susanne Rihs-Lanz* (gp., Glattfelden) gibt Ablehnung durch eine Mehrheit der Grünen bekannt. Bei einem Streitwert von über 20 000 Fr. handelt es sich nicht mehr um Bagatellfälle. Gefängnisstrafen sind einschneidende Massnahmen.

Barbara Steinemann (svp., Regensdorf) bezweifelt den Spareffekt und die Effizienzsteigerung, welche mit dem Vorstoss erreicht werden sollen. Juristische Laien wären mit Streitwerten von über 20 000 Fr. überfordert. Die SVP hat den Vorstoss vorläufig unterstützt, weil sie das Anliegen prüfen wollte. Sie lehnt die definitive Unterstützung aber ab. *Regula Thalmann* (fdp., Uster) warnt vor einer Änderung ohne Not.

Der *Rat* lehnt die parlamentarische Initiative mit 136 zu 12 Stimmen ab.

Flexiblerer Steuerkraftausgleich

Der inzwischen aus dem *Rat* ausgetretene *Ruedi Noser* (fdp., Hombrechtikon) will mit einem Postulat erreichen, dass diejenigen Gemeinden Beiträge aus dem Steuerkraftausgleich erhalten, deren Steuerfuss in einer bestimmten Bandbreite um das kantonale Mittel herum liegt. Der *Regierungsrat* beantragt dem Kantonsrat, den Vorstoss als erledigt abzuschreiben. Er verweist auf die Arbeit an einer Reform des Finanzausgleichs.

Bruno Walliser (svp., Volketswil), Präsident der Kommission Staat und Gemeinden, beantragt namens der Kommission Abschreibung des Postulates. Wir stören uns aber zunehmend an der Verzögerung des Reformprojektes. *Ueli Annen* (sp., Illnau-Effretikon) ist einverstanden mit der Abschreibung. Der Finanzausgleich ist ein schwieriges Puzzle. *Patrick Hächler* (cvp., Gossau) sieht keinen unmittelbaren Handlungsbedarf. Die Reform des Finanzausgleichs ist aber überfällig. *Heinz Jauch* (evp., Dübendorf) stimmt der Abschreibung zu. *Martin Arnold* (svp., Oberrieden) kritisiert, dass sich im Kanton kaum mehr etwas bewegen würde, wenn alle Geschäfte derart verträdeln würden. Der heutige Finanzausgleich wirkt steuerfusstreibend.

Regierungsrat *Markus Notter* versteht, dass alle sehnlichst auf die Reform-Vorlage warten. Erwartet wird aber eine Vorlage, die den finanzschwachen Gemeinden mehr Geld bringt, den finanzstarken Gemeinden weniger Abgaben in den Steuerausgleich beschert, den Kanton nichts kostet und auch Winterthur besserstellt. Eine solche Vorlage kann ich Ihnen nicht liefern. Die jetzige Regelung ist nicht so schlecht, wie viele meinen. Der Regierungsrat hat vor 14 Tagen die Eckwerte für einen neuen Finanzausgleich festgelegt. Bis Mitte Jahr wollen wir die Vorlage präsentieren. Einige lieb gewordene Instrumente werden nicht mehr enthalten sein. Kleinere Gemeinden werden unter erheblichen Fusionsdruck kommen. Ich zähle dann auf der rechten Ratsseite auf die Tapferkeit vor dem Freund. Ziel ist es, dass wir 2008, parallel zum neuen Finanzausgleich, die Reform in Kraft setzen.

Der *Rat* stimmt der Abschreibung des Postulates zu.

Beitrag an Schloss Kyburg

Der *Regierungsrat* beantragt dem Kantonsrat, dem

Verein Museum Schloss Kyburg für die Jahre 2005 bis 2008 einen Betriebsbeitrag von 850 000 Fr. zu gewähren. Das Geld soll dem Lotteriefonds entnommen werden. Mit dem Beitrag soll der Museumsbetrieb bis 2008 gesichert werden. Der Beitrag ist als einmalige Überbrückungshilfe gedacht, der Verein, der das Museum betreibt, muss bis spätestens Ende 2007 darlegen, wie der Betrieb ab 2009 weitergeführt werden soll.

Ernst Züst (svp., Horgen), Referent der Finanzkommission, empfiehlt Zustimmung zum Beitrag. Wir dürfen dem Verein dankbar sein, dass er sich des Schlosses annimmt. Es handelt sich um ein bedeutendes Kulturgut, das weiter gepflegt werden muss. *Adrian Hug* (cvp., Zürich) lobt die Arbeit des Vereins. Der Beitrag soll gesprochen werden. Es war aber bereits bei Vertragsabschluss absehbar, dass der Verein diese Aufgaben nicht ohne weitere finanzielle Unterstützung durch den Kanton wahrnehmen kann. Eigentlich ist der Lotteriefonds nicht dafür bestimmt, Betriebsbeiträge zu leisten. *Natalie Vieli* (gp., Zürich) stimmt mit wenig Begeisterung zu. Man war von falschen Voraussetzungen in Bezug auf die finanzielle Leistungsfähigkeit des Vereins ausgegangen. Betriebsbeiträge sind grundsätzlich aus dem ordentlichen Budget zu leisten.

Willy Furter (evp., Zürich) referiert im Sinne der Vorredner und gibt Zustimmung bekannt. *Julia Gerber Rüegg* (sp., Wädenswil) dankt dem Verein für die didaktisch ausgezeichneten Ausstellungen. Wir sind es den kommenden Generationen schuldig, ein authentisches Bild der Geschichte dieses Kantons vom 15. bis zum 19. Jahrhundert zu erhalten. *Rolf Walther* (fdp., Zürich) empfiehlt allen, das Museum zu besuchen. Der Verein leistet gute Arbeit, aber der Vertrag mit dem Kanton ist etwas seltsam. *Ernst Brunner* (svp., Illnau-Effretikon), Mitglied des Vereins Schloss Kyburg, freut sich über die positive Würdigung der Vereinsarbeit. *Willy Germann* (cvp., Winterthur) will diesmal den Betriebsbeitrag unterstützen. Diesmal ist die Vorlage des Regierungsrates nicht nur schönfärbisch. Ursprünglich wurde aber eine unrealistische Betriebsrechnung präsentiert – wie jetzt wieder bei der Verlegung eines Teils der Fachhochschule Winterthur nach Wädenswil. Der Lotteriefonds erwies sich schon oft als bequemer kulturpolitischer Puffer.

Ernst Züst (svp., Horgen) präzisiert: Für subventionsberechtigte Aufgaben dürfen aus dem Lotteriefonds keine Gelder gesprochen werden. Der Betrieb des Museums ist nicht subventionsberechtigt. Regierungsrat *Markus Notter* hält die Aufregung, die in gewissen Voten zum Ausdruck kam, für übertrieben. Der Antrag des Vereins ist konform mit den Fonds-Richtlinien. Der Zoo Zürich erhält jedes Jahr Betriebsbeiträge.

Der Rat stimmt dem Beitrag von 850 000 Fr. mit 158 zu 0 Stimmen zu.

Dank des Präsidenten

Der Präsident *Hans Peter Frei* (svp., Embrach) dankt Richard Wegmüller, dem Kommandanten des Detachements, das für die Sicherheit im Rathaus sorgt. Er wird pensioniert. Ich verleihe ihm die bronzene Ehrenmedaille des Kantons Zürich.

Scheinehen

In einer Interpellation verlangt *Claudio Schmid* (svp., Bülach) Antworten auf verschiedene Fragen zum Thema der sogenannten Scheinehen – Ehen also, die nur zum Zweck geschlossen werden, dass sich jemand in der Schweiz aufhalten kann. So will er etwa wissen, wie sich die Zusammenarbeit zwischen Zivilstandsämtern und Migrationsamt verbessern lässt, um Fälle von Scheinehen zu erkennen. In seiner Antwort erinnert der Regierungsrat daran, dass das Amtsgeheimnis keine engere Zusammenarbeit zwischen Zivilstandsämtern und Migrationsamt erlaube.

Claudio Schmid (svp., Bülach) ist mit der Antwort des Regierungsrates nicht zufrieden. Er kritisiert, dass der Datenaustausch zwischen den ver-

schiedenen Ämtern nicht möglich ist. *Stefan Dollenmeier* (edu., Rüti) glaubt, dass wegen der Verschärfung im Asylrecht immer mehr Migrantinnen und Migranten das Hintertürchen der Scheinehe oder der Registrierung für gleichgeschlechtliche Paare wählen. – Das Geschäft ist erledigt.

Einheimischentarif für Kulturangebote

Mit einem Postulat regt *Ralf Margreiter* (gp., Zürich) an, ein neues Tarifsystem für Kulturhäuser zu schaffen, die der Kanton mit Beiträgen unterstützt. Besucher von ausserhalb des Kantons Zürich sollten demnach höhere Eintrittspreise bezahlen als Zürcher – es sei denn, ihr Wohnkanton leiste angemessene Beiträge an das Zürcher Kulturangebot. Eine Vereinbarung mit den Kantonen Luzern, Schwyz und Zug ist aber am Nein des Zuger Parlaments gescheitert. Der Regierungsrat ist bereit, das Postulat entgegenzunehmen. *Peter Mächler* (svp., Zürich) ist gegen Überweisung und hat Diskussion verlangt. Er hofft, dass mit den Innerschweizer Kantonen doch noch eine Vereinbarung getroffen werden kann. *Ralf Margreiter* (gp., Zürich) bezeichnet sein Postulat als Ausdruck eines Missbehagens. Die Zuger haben sich mit dem kleinlichen, knausrigen Nein als Trittbrettfahrer erwiesen. Pfui, rufe ich da südwärts. Die ländliche Schweiz liebt die urbane Schweiz nicht, profitiert aber gerne von deren Angeboten. *Peter A. Schmid* (sp., Zürich) gibt Ablehnung des Postulats bekannt. Am politischen Stammtisch mag die Forderung etwas für sich haben. Die Einführung eines solchen Tarifs würde sich negativ auf die Auslastung und damit die Finanzierung der Kulturhäuser auswirken. Der Vorstoss ist schädlich für das Image des Kulturkantons Zürich.

Willy Germann (cvp., Winterthur) ist überrascht, dass die Regierung den Vorstoss entgegennehmen will. Höhere Tarife für Auswärtige würden Retorsionsmassnahmen nach sich ziehen. Auch Zuger haben Zürcher Verwandte, die Billette für sie kaufen könnten. *Katharina Kull* (fdp., Zollikon) plädiert für eine Regelung im Rahmen des interkantonalen Finanzausgleichs. *Hanspeter Amstutz* (evp., Fehraltorf) kritisiert, dass sich ausgerechnet die Kantone mit dem tiefsten Steuersatz als besonders knausrig erweisen. Es ist nötig, dass der Kanton Zürich eine schärfere Gangart einschlägt. Die EVP unterstützt das Postulat. *Ralf Margreiter* (gp., Zürich) repliziert auf die Äusserung des SP-Referenten. Auch ein Teil der Zuger SP hat die Vereinbarung abgelehnt.

Der Rat lehnt das Postulat mit 125 zu 20 Stimmen ab.

Unbegleiteter Ausgang für Verwahrte

Mit einer Interpellation reagiert *Barbara Steinemann* (svp., Regensdorf) auf einen Artikel in der Sonntagspresse. Gemäss dem Zeitungsbericht soll das Moratorium aufgehoben werden, das seit 1993 für unbegleitete Ausgänge für Gewalt- und Sexualstraftäter gilt. Die Interpellantin will Genaueres wissen zu den in der Presse wiedergegebenen Äusserungen des Leiters des Psychiatrisch-Psychologischen Dienstes, Frank Urbaniok. Der Regierungsrat schreibt in seiner Antwort unter anderem, es gebe kein solches Moratorium.

Barbara Steinemann (svp., Regensdorf) wiederholt ihre Vorwürfe. Wir haben kein Vertrauen in die Psychiater. Falls die Aussagen von Urbaniok falsch waren, hätte sich der Regierungsrat um eine Richtigstellung bemühen müssen. *Bernhard Egg* (sp., Elgg) hat eine weitere Tirade gegen Herrn Urbaniok gehört. Der Antwort des Regierungsrates konnte entnommen werden, dass Herr Urbaniok in diesen kritischen Fällen nichts allein entscheidet. *Susanne Riths-Lanz* (gp., Glattfelden) weiss nicht, worauf Frau Steinemann hinauswollte. Hat sie auf ein Skändälchen gehofft? *Thomas Ziegler* (evp., Elgg) hält die Antwort des Regierungsrates für nachvollziehbar.

Aufwand durch die Mehrwertsteuer

Arnold Suter (svp., Kilchberg) verlangt mit einer parlamentarischen Initiative, der Kanton Zürich müsse beim Bund eine Standesinitiative einreichen mit dem Ziel, den administrativen Aufwand bei der

Mehrwertsteuer zu reduzieren. Der *Rat* diskutiert über die vorläufige Unterstützung der Initiative.

Arnold Suter (svp., Kilchberg) stellt fest, dass die Belastung der Wirtschaft durch immer neue administrative Aufgaben stetig zunimmt. *Urs Hany* (cvp., Niederhasli) rechnet vor, dass in seiner Firma drei Manntage pro Monat für die Abrechnung der Mehrwertsteuer aufgewendet werden. Die Initiative muss möglichst einstimmig überwiesen werden. *Hansruedi Hartmann* (fdp., Gossau) findet, an der Mehrwertsteuer gebe es viel zu verbessern. Die Abrechnungen sind gerade für Kleinunternehmer eine Sisyphus-Arbeit. Trotzdem zweifelt die FDP daran, dass eine Standesinitiative das geeignete Mittel ist, etwas zu ändern. Sie unterstützt den Vorstoss nicht.

Regula Götsch Neukom (sp., Kloten) widerspricht Hartmann. Ich mache die Mehrwertsteuer-Abrechnung für das KMU meines Mannes und brauche dafür zweimal 10 Minuten pro Jahr. *Robert Brunner* (gp., Steinmaur) ist inhaltlich mit der Initiative einverstanden. Aber die Standesinitiative ist das falsche Mittel. Zurzeit läuft eine Mehrwertsteuer-gesetz-Revision. *Johannes Zollinger* (evp., Wädenswil) ist dankbar für diese Initiative. Sie ist überfällig. *Martin Arnold* (svp., Oberrieden) sieht keinen Widerspruch dazu, dass eine Revision des Mehrwertsteuer-Gesetzes läuft. Es braucht jetzt ein klares Signal aus Zürich. *Arnold Suter* (svp., Kilchberg) will der FDP und der SP die Möglichkeit geben, über die Bücher zu gehen. Ich schlage vor, die Abstimmung auf den Nachmittag zu verlagern.

Präsident *Hans Peter Frei* (svp., Embrach) bringt den Ordnungsantrag nicht zur Abstimmung. Wir haben mit der Behandlung des Geschäfts begonnen und führen sie zu Ende. *Roland Munz* (sp., Zürich) kann die Ausführungen von Urs Hany nicht nachvollziehen. Das Kurier-Unternehmen, in dessen Leitung ich bin, hat gute Erfahrungen mit den Behörden gemacht. *Ruedi Lais* (sp., Wallisellen) verzichtet auf Bedenkzeit. Standesinitiativen haben nur Sinn, wenn Zürich in einer besonderen Weise betroffen ist; hier handelt es sich um ein nationales Problem. *Samuel Ramseyer* (svp., Niederglatt) stellt den Antrag auf Namensaufruf.

Der *Rat* stimmt dem Antrag zu.

Der *Rat* stimmt der vorläufigen Unterstützung mit 106 Stimmen zu; nötig sind 60.

Steuerliche Doppelbelastung bei massgeblichen Beteiligungen

Mit einer parlamentarischen Initiative schlägt *Barbara Steinemann* (svp., Regensdorf) eine Änderung des Steuergesetzes vor. Damit soll die steuerliche Doppelbelastung für Anteilinhaber reduziert werden. Diese entsteht dadurch, dass sowohl auf dem Einkommen wie auch auf Zinsen und Dividenden Einkommenssteuer bezahlt werden muss. Die Interpellantin verlangt, dass Dividenden gesondert mit einem Satz von einem Fünftel besteuert werden, wenn der Steuerpflichtige mit mindestens 5 Prozent am Kapital oder am Gewinn und an den Reserven einer anderen Gesellschaft beteiligt ist oder Beteiligungsrechte im Verkehrswert von mindestens 1 Mio. Fr. hält.

Barbara Steinemann (svp., Regensdorf) begründet ihren Vorstoss. *Adrian Hug* (cvp., Zürich) meldet Zweifel an. Man muss dieses Thema angehen, aber es ist fraglich, ob die Formulierung korrekt ist. Wir stimmen trotzdem zu und signalisieren, dass wir bereit sind, das Thema in der Kommission zu diskutieren. *Hans-Peter Portmann* (fdp., Kilchberg) gibt vorläufige Unterstützung durch die FDP bekannt. *Elisabeth Derisiotis* (sp., Zollikon) möchte, wie der Regierungsrat, die Unternehmenssteuerreform des Bundes abwarten. Ein Zürcher Vorpreschen ist nicht nötig. *Ralf Margreiter* (gp., Zürich) hält Zeit und Ort des Vorstosses für falsch.

Der *Rat* stimmt der vorläufigen Unterstützung mit 77 Stimmen zu.

Zwei Rücktritte

Ratssekretär *Raphael Golta* (sp., Zürich) verliert

zwei Rücktrittsschreiben. Leonhard Fünfschilling tritt als Präsident der Baurekurskommission III zurück. Pierre-André Duc (svp., Zollikon) tritt aus dem Kantonsrat zurück. Präsident *Hans Peter Frei* (svp., Embrach) würdigt den zurücktretenden Ratskollegen.